

MMV 10 / 2407

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

VORLAGE
10/2407

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990

Einzelplan 03 - Innenminister

- Drucksachen 10/4600 und 4826 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Innere Verwaltung

Berichterstatter Abgeordneter Frechen SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 03 - Innenminister - wird mit nachstehenden
Änderungen angenommen.

MMV 10 / 2407

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat den Entwurf des Einzelplans 03 - Innenminister - in den Sitzungen am 5. Oktober und 9. November 1989 beraten. Als Beratungsunterlagen dienten dem Ausschuß neben Haushaltsgesetz und Einzelplan die Übersichten über Planstellen und Stellen für das Haushaltsjahr 1990 (Vorlage 10/2339), der Gesamtüberblick über Stellenplan und Ausgabenansätze sowie Stand und Entwicklung in bestimmten Aufgabenbereichen (Vorlage 10/2374). Einbezogen waren auch die Schreiben des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12. September 1989 (Vorlage 10/2382) zur Ausstattung der Verkehrsüberwachungsbereitschaften mit Dienstkraftfahrzeugen, vom 18. Oktober 1989 (Vorlage 10/2456) an die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", vom 5. November 1989 (Vorlage 10/2501) betreffend die Mehrarbeit im Polizeivollzugsdienst und das Schreiben des Landesbezirksvorstandes der Gewerkschaft der Polizei vom 11. September 1989 (Zuschrift 10/2962).

B Personaltitel

1. In Kapitel 03 110 Titel 422 10 beantragte die Fraktion der SPD die Umwandlung von 130 Planstellen A 9 m.D. (PHM, KHM) in Planstellen A 9 g.D. (PK, KK) zur Erhaltung der Personalstärke der Kriminalpolizei, da hier für den mittleren Dienst keine Beamten mehr ausgebildet werden. Die zum Ende des Jahres 1989 freien Planstellen des mittleren Dienstes müssen insofern umgewandelt werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zuvor beantragte die Fraktion der CDU die Umwandlung von 750 Stellen des mittleren Dienstes in Stellen des gehobenen Dienstes bei der Schutzpolizei und deren Aufschlüsselung gemäß den Vorgaben der Stellenplanobergrenzenverordnung

sowie die Umwandlung von 250 Stellen bei der Kriminalpolizei in Stellen des gehobenen Dienstes, davon 200 Stellen für Kriminalkommissaranwärter (Seiteneinstieg). Hinsichtlich der Schutzpolizei verwies die antragstellende Fraktion auf den Anteil des gehobenen Dienstes der Schutzpolizei Nordrhein-Westfalens im Vergleich zu einer besseren Situation in Berlin, Bremen und Niedersachsen. Nach Ihrer Auffassung sei nach dem Erlaß des Innenministeriums vom 5. Februar 1987 über die Bestimmung der Dienstposten des gehobenen Dienstes der Schutzpolizei die Umwandlung von mehr als 4000 Stellen des mittleren Dienstes in Stellen des gehobenen Dienstes zulässig. Diese Umwandlungsanträge wurden mit der Stimmenmehrheit der SPD gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion angelehnt.

2. In Kapitel 03 110 Titel 422 10 beantragte die Fraktion der SPD ferner zur Stärkung der Kriminalpolizei 50 weitere Planstellen A 9 g.D. (PK, KK). Hiermit soll das Programm zur Verstärkung der Kriminalpolizei fortgesetzt werden, mit dem 1988 begonnen wurde und das eine Gesamtverstärkung um 400 Planstellen bis 1995 vorsieht. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.
3. Zur Erleichterung der Beförderung der lebensälteren "Weyerlinge" bei gleichzeitiger Minderung der Nachteile für dienstältere Beamte beantragte die SPD-Fraktion bei Kapitel 03 110 Titel 422 10 die Umwandlung von 100 Planstellen A 9 m. D. nach A 9 Z. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
4. Im Zusammenhang mit dem Antrag unter Nummer 2 (s. o.) beantragte die SPD-Fraktion ferner 50 zusätzliche Anwärterstellen PHW als Ersatz für die in die Ausbildung für den gehobenen Dienst der Kriminalpolizei wechselnden Schutzpolizeibeamten. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

5. Schließlich wird auf Antrag der SPD-Fraktion in Kapitel 03 110 Titel 422 20 in den Erläuterungen ergänzt: "Sofern die Übernahme von 150 BGS-Beamten nicht erreicht wird, erhöht sich die Einstellungsermächtigung entsprechend."

Dies ist eine vorsorgliche Maßnahme für den Fall, daß der Bund im nächsten Jahr nicht in der Lage sein sollte, 150 BGS-Beamte in den Landesdienst zu versetzen. Diese Änderung bzw. Ergänzung der Erläuterungen wurde einstimmig beschlossen.

6. Die Fraktion der CDU beantragte, in Kapitel 03 110 Titel 422 20 zusätzlich 900 Anwärterstellen PHW unter gleichzeitiger Erhöhung der Einstellungsermächtigung. Sie hält diese Anzahl für erforderlich, um einen Fehlbestand im Rahmen der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung 1989/1990 zu vermeiden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.
7. Um auch im Bereich der Polizeiverwaltung die Arbeitszeitverkürzung voll umzusetzen und insoweit einen Fehlbestand zu vermeiden, beantragte die Fraktion der CDU die Streichung des kw-Vermerks für die neuveranschlagten 296 Angestelltenstellen bei Kapitel 03 110 Titel 425 10. Die Antragstellerin hält es auch für unrealistisch, bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation in größerer Zahl Angestellte mit befristeten Zeitverträgen zu gewinnen.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Sach- und Investitionstitel

1. Kapitel 03 020 - Allgemeine Bewilligungen

Die Fraktion der SPD beantragte die Einrichtung eines neuen Titels mit einem Ansatz von 400 000 DM für die

Anlauffinanzierung des vom Innenminister in
privatrechtlicher Form als Institut an der Fachhochschule
für öffentliche Verwaltung zu gründenden Instituts für
Kommunal- und Verwaltungswissenschaften.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der
SPD gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion bei Stimmenthaltung
der CDU-Fraktion angenommen.

2. Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen
des Landes Nordrhein-Westfalen
Titel 767 00 (neu) - Neubau für die Kreispolizeibehörde in
Mettmann

Die Fraktion der SPD beantragte diesen neuen Titel mit einem
Erstansatz für Planungskosten für den Neubau der Kreis-
polizeibehörde Mettmann in Höhe von 200 000 DM.

Titel 779 00 - Erweiterung Polizeipräsidium Leverkusen
- 1. Teilbetrag -

Zur Deckung des obigen Antrags beantragte die SPD-Fraktion
hier die Ansatzminderung beim ersten Teilbetrag um
200 000 DM.

Beide Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD
bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P.
angenommen.

3. Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen
des Landes Nordrhein-Westfalen
Titel 793 00 (neu) - Neubau für den Schutzbereich Nord des
Polizeipräsidenten Gelsenkirchen

Die SPD-Fraktion beantragte die Etatisierung von 100 000 DM
Planungskosten und schlug zur Deckung bei

Titel 794 00 - Erweiterung Polizeipräsidium Münster -
- 2. Teilbetrag -

die Kürzung um den gleichen Betrag - 100 000 DM - vor. Hiergegen äußerte die Fraktion der CDU Bedenken. Die SPD-Fraktion bestätigte, das Bauvorhaben in Münster sei auch für sie ein wichtiges Anliegen, bei einem Ansatz von 2 Mio. DM könne jedoch erwartet werden, daß durch einen geringfügig verminderten Ansatz das Bauvorhaben nicht gefährdet werde.

Beide Anträge wurden bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. einstimmig angenommen.

4. Titel 811 10 - Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen

Die Fraktion der CDU beantragte schließlich, zum Erwerb von 16 Spezialfahrzeugen für die Spezialdienststellen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität den Ansatz um 800 000 DM zu erhöhen. Sie geht dabei von Anschaffungskosten in Höhe von 50 000 DM pro Fahrzeug aus. Sie hält die Ausstattung der seit 1983 bestehenden Dienststellen mit den Spezialkraftfahrzeugen für eine konspirative Ermittlungstätigkeit für dringend erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

5. Titelgruppe 60 - Automatisierte Datenverarbeitung

Titel 812 60 - Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen

Die Fraktion der CDU beantragte zur Entlastung des Wachdienstes, zur Anzeigenberatung sowie zur Einführung der automatisierten Vorgangsverwaltung, die veranschlagten Mittel um eine 1 Mio. DM zu erhöhen. Sie hält insbesondere den verstärkten Einsatz von Personalcomputern für dringend

erforderlich.

MMV 10 / 2407

- 7 -

Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion mit den Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

6. Titel 812 15 - Erwerb von kriminaltechnischem Gerät

Die CDU-Fraktion beantragte die Erhöhung des Ansatzes von 1 364 000 DM um 450 000 DM. Für eine effektive Bekämpfung der Umweltkriminalität sei die Polizei mit dem erforderlichen Gerät und der notwendigen Schutzkleidung auszustatten.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 03 mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Dr. Lichtenberg
stellv. Vorsitzender

3/1

MMV10 /2407

**Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtags
Anlage zu Vorlagen 10/2407
10/2408**

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1990
Einzelplan 03: Innenminister

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

MMV10 / 2407

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage : Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
03 020	<p><u>Allgemeine Bewilligungen</u> <u>Zuschuß an das Institut für Kommunal- und</u> <u>Verwaltungswissenschaften</u> Zu Titel 685 12:</p>	-	+ 400.000	400.000
03 110	<p><u>Vernachlässigt ist der Erstaussatz für die Anlauf-</u> <u>finanzierung des vom Innenminister in privat-</u> <u>rechtlicher Form als Institut an der Fachhochschule</u> <u>für Öffentliche Verwaltung zu gründenden Instituts</u> <u>für Kommunal- und Verwaltungswissenschaften</u> <u>Polizeibehörden und Polizeleinrichtungen</u> <u>Neubau für die Kreispolizeibehörde Mettmann</u> <u>Erweiterung Polizeipräsidium Leverkusen - 1. Teilbetrag -</u> <u>Neubau für den Schutzbereich Nord des Polizei-</u> <u>präsidenten Gelsenkirchen</u> <u>Erweiterung Polizeipräsidium Münster - 2. Teilbetrag -</u></p>	-	+ 200.000 - 200.000 + 100.000 - 100.000	200.000 5.800.000 100.000 5.400.000
767 00 779 00 793 00 794 00	<p><u>Abschluß Einzelplan 03:</u> <u>Einnahmen</u> <u>Ausgaben</u> <u>Verpflichtungsermächtigungen</u></p>	415.450.000 4.307.377.900 175.828.000	- + 400.000 -	415.450.000 4.307.777.900 175.828.000